

Kommuniqué der Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Bukarest¹

2. Dezember 1981

Am 1. und 2. Dezember 1981 fand in Bukarest eine turnusmäßige Tagung des Komitees der Minister, für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand statt.

[. . .]

Auf der Tagung fand ein Informations- und Meinungs austausch statt, und es wurden der Stand der Verhandlungen über Fragen der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung sowie der Verlauf des Madrider Treffens von Vertretern der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa erörtert.

1.

Im Namen ihrer Staaten stellten die Minister fest, daß der Gang der Ereignisse vollauf die Aktualität, der Einschätzungen und Schlußfolgerungen bestätigt, die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses in Warschau im Mai 1980 sowie auf dem Treffen der führenden Repräsentanten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Moskau im Dezember 1980 über die Entwicklungstendenzen der internationalen Lage getroffen wurden. Sie unterstrichen die große Bedeutung der Programme und Vorschläge, die von diesen Staaten unterbreitet wurden und auf die Festigung des Friedens, die Entspannung, die Einstellung des Wettrüstens, die Abrüstung und die Erweiterung der internationalen Zusammenarbeit gerichtet sind.

Mit großer Besorgnis stellten sie fest, daß sich das internationale Klima weiter verschlechtert, die Kriegsgefahr erhöht hat und die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker im Ergebnis der Aktivierung der imperialistischen Politik der Stärke bedroht sind. Dabei wurde die wachsende Gefahr hervorgehoben, die sich aus dem in Tempo und Ausmaß zunehmenden Wettrüsten — besonders des nuklearen —, aus der Entwicklung neuer Waffenarten und Waffensysteme und deren Aufnahme in die Rüstungsarsenale der Staaten, aus der weiteren Erhöhung der Rüstungsausgaben, der Verstärkung der Rolle und des Einflusses des militärisch-industriellen Komplexes ergibt. Es wurde ebenfalls betont, daß in der Entwicklung der Militärtechnik Veränderungen vor sich gehen, die die internationale Stabilität untergraben können.

In diesem Zusammenhang unterstreichen die Teilnehmer der Tagung erneut die besonderen Gefahren, die durch den NATO-Beschluß über die Stationierung neuer

¹ Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, *Die Organisation des Warschauer Vertrages. Dokumente und Materialien, 1955-1985* (Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 1985), S. 253-61.

amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa, durch die Beschlüsse der USA über die Produktion der Neutronenwaffe und über das weitreichende Programm der strategischen Umrüstung heraufbeschworen werden mit dem eindeutigen Ziel, die militärische Überlegenheit zu erlangen. Zugleich werden strategische, das Leben der europäischen und anderer Völker bedrohende Doktrinen über die Anwendung des atomaren Erstschlages sowie über die Möglichkeit und Zulässigkeit eines „begrenzten Kernwaffenkrieges“ in Europa aufgestellt. Die Verhandlungen auf vielen wichtigen Gebieten der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung sind unterbrochen oder eingefroren.

2.

Die Teilnehmer der Tagung stellten fest, daß die Politik der imperialistischen reaktionären Kräfte, die gegen die Entspannung auftreten, zugleich auf den wachsenden Widerstand der friedliebenden Staaten, der antiimperialistischen progressiven Kräfte und breiter Kreise der Öffentlichkeit in den Ländern Europas und anderer Regionen der Welt stößt. Eine hervorragende Rolle im Kampf um den Frieden, die Erhaltung und Vertiefung der Entspannung sowie für Abrüstung und Zusammenarbeit spielen die sozialistischen Länder. Ein bedeutender Faktor in diesem Kampf ist auch das Auftreten der nichtpaktgebundenen Länder für die Verhinderung eines Krieges, für die Festigung des Friedens und die Ausweitung des Entspannungsprozesses auf die ganze Welt. In allen Staaten und auf allen Kontinenten treten Politiker, Parlamentarier, Vertreter der Öffentlichkeit und breite Schichten der Bevölkerung entschieden für eine friedliche politische Regelung aller internationalen Streitfragen ein. Es setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, daß unverzüglich wirksame Schritte, unternommen werden müssen, um eine nukleare Katastrophe zu verhindern. Die Gegenwart ist gekennzeichnet durch Massendemonstrationen und Manifestationen in den Ländern Europas und anderer Gebiete der Welt gegen Krieg und Raketenrüstung, für Frieden und Abrüstung.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten sind der Auffassung, daß es unter den gegenwärtigen Bedingungen höchste Pflicht jedes Staates und jedes verantwortungsbewußten Staatsmannes ist, Zurückhaltung zu üben und sich in ihren Handlungen von den Lebenserfordernissen der Menschheit leiten zu lassen. Es gilt, den Frieden zu bewahren und zu festigen und die materiellen Ressourcen und wissenschaftlichen Errungenschaften nicht zur Vernichtung der Menschen und zur Zerstörung der Zivilisation, sondern für die Lösung der vor den Völkern stehenden sozialökonomischen Probleme, die Hebung ihres Wohlstandes und das Erblühen ihrer Kultur einzusetzen. Sie erklären, daß jene Staaten und Staatsmänner, die als erste Kernwaffen einsetzen würden, sich des schwersten Verbrechens an der Menschheit schuldig machen.

Für die auf der Tagung vertretenen Staaten gibt es, gab es und wird es keine andere strategische Doktrin außer der Verteidigungsdoktrin geben. Sie beabsichtigen nicht, eine nukleare Erstschlagskapazität zu schaffen. Sie hegten diese Absicht in der Vergangenheit nicht und werden das auch in Zukunft nicht tun. Sie trachten nicht nach militärischer Überlegenheit und werden eine solche niemals anstreben. Sie traten und treten dafür ein,

daß durch die Verwirklichung von Abrüstungsmaßnahmen das militärische Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau gewährleistet und die militärische Konfrontation in Europa abgebaut und beseitigt wird.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten sind davon überzeugt, daß im Wettrüsten niemand gewinnen kann. Derjenige, der sich in der Hoffnung auf einen Sieg zur Entfesselung eines Kernwaffenkrieges entschließen sollte, würde eine nukleare Katastrophe für die Menschheit heraufbeschwören und unvermeidlich in dieser selbst zugrunde gehen. Ein Kernwaffenkrieg ist nicht zu begrenzen.

3.

Die Teilnehmer der Tagung äußerten die Überzeugung, daß die unverzügliche Einstellung des Wettrüstens und der Übergang zu echten Abrüstungsmaßnahmen, besonders auf dem Gebiet der Kernwaffen, heute mehr denn je ein dringendes Gebot sind. Diese Aufgabe muß gelöst werden, um die militärische und politische Konfrontation abzubauen und die Kriegsgefahr zu bannen, den Entspannungsprozeß zu erhalten und fortzusetzen und die Zusammenarbeit zwischen den Ländern zu entwickeln.

Sie bekräftigten die unabänderliche Bereitschaft ihrer Länder, die Begrenzung, Reduzierung und das Verbot aller Waffenarten auf gerechter gegenseitiger Grundlage zu vereinbaren. Das bezieht sich sowohl auf die Kernwaffen und alle Arten von Massenvernichtungswaffen als auch auf konventionelle Rüstungen. Das betrifft auch die zahlenmäßige Verringerung der Streitkräfte der Staaten.

4.

Die Teilnehmer der Tagung brachten die positive Haltung ihrer Staaten zur Wiederaufnahme der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über das Problem nuklearer Mittelstreckenwaffen in Europa zum Ausdruck. Im Zusammenhang mit diesen Verhandlungen wurde das jüngste sowjetisch-westdeutsche Treffen auf, höchster Ebene als ein bedeutendes Ereignis gewürdigt, das die Voraussetzungen für deren Durchführung stärkt. Die auf der Tagung vertretenen Staaten sehen das Ziel der Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA, die am 30. November 1981 in Genf wiederaufgenommen wurden, in der Festigung der Sicherheit aller europäischen Staaten und Völker unter Wahrung eines stabilen Kräftegleichgewichts in Europa auf einem immer niedrigeren Niveau der Kernwaffenrüstungen und in der Beseitigung der über den Völkern des Kontinents schwebenden Gefahr.

Die Erreichung dieses Ziels macht es erforderlich, alle nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa (boden- und seegestützte Raketen, kernwaffentragende Flugzeuge), alle Faktoren, die die strategische Situation auf dem Kontinent bestimmen, zu berücksichtigen.

Für die Schaffung einer günstigeren Atmosphäre in den Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenwaffen würde es förderlich sein, für die Zeit der Verhandlungen ein

Moratorium über die Stationierung neuer und die Modernisierung der vorhandenen nuklearen Mittelstreckenwaffen beider Seiten in Europa zu, vereinbaren. Die Teilnehmer der Tagung hoben als konstruktiven Schritt die von der Sowjetunion geäußerte Bereitschaft hervor, bei Einverständnis der anderen Seite mit dem Moratorium als Akt guten Willens einseitig einen gewissen Teil ihrer nuklearen Mittelstreckenwaffen im europäischen Teil der UdSSR zu reduzieren, um jenem niedrigeren Niveau näherzukommen, das die UdSSR und die USA im Ergebnis der Verhandlungen vereinbaren könnten. Es wurde auch die große Bedeutung der Absicht der Sowjetunion unterstrichen, sich in den Verhandlungen für eine radikale Reduzierung der nuklearen Mittelstreckenwaffen durch beide Seiten in Europa einzusetzen.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten sind auch für eine solche Lösung, die den völligen Verzicht beider Seiten — des Westens und des Ostens — auf alle Arten nuklearer Mittelstreckenwaffen, die auf Objekte in Europa zielen, vorsehen würde. Sie treten dafür ein, daß Europa letztlich frei von Kernwaffen jeder Art wird, seien es Mittelstrecken- oder taktische Waffen.

Das ist ein echter Weg zur Beseitigung der Kriegsgefahr und zur Festigung des Friedens auf dem europäischen Kontinent. In Anbetracht dessen, daß das Problem der nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa alle europäischen Völker betrifft und sie daher aus ihrem Lebensinteresse heraus an konkreten Ergebnissen der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen interessiert sind, brachten die Teilnehmer der Tagung die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Regierungen aller europäischen Staaten zu deren Erfolg beitragen.

5.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten setzen sich einmütig für die schnellstmögliche Wiederaufnahme der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Rüstungen ein. Sie halten es für erforderlich, daß die entsprechenden Verhandlungen, gestützt auf das dabei bereits Erreichte und unter strikter Einhaltung, des Prinzips der Gleichheit und gleichen Sicherheit, zur Begrenzung und Reduzierung der strategischen Rüstungen führen. Das wäre für die Stärkung der internationalen Sicherheit von außerordentlich großer Bedeutung.

6.

Die Teilnehmer der Tagung sprachen sich dafür aus, in den Wiener Verhandlungen über eine gegenseitige Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen und damit zusammenhängende Maßnahmen in Mitteleuropa den toten Punkt zu überwinden. Sie sind überzeugt, daß die in den Jahren 1978 bis 1981 mit dem Ziel der Annäherung der Positionen unterbreiteten Vorschläge der sozialistischen Teilnehmerländer den Verhandlungen eine Grundlage sind, die es ermöglicht, die praktische Arbeit am Text eines Abkommens für die erste Etappe zu beginnen. Für einen Fortschritt in den Wiener Verhandlungen ist es notwendig, daß auch die westlichen Teilnehmerstaaten den Willen zur Lösung der erörterten Probleme aufbringen und eine konstruktive Antwort auf die

Vorschläge der sozialistischen Länder geben.

7.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten sprechen sich für die Schaffung kernwaffenfreier Zonen in verschiedenen Teilen des europäischen Kontinents, darunter in Nordeuropa und auf dem Balkan, sowie einer Zone des Friedens und der Zusammenarbeit im Mittelmeerraum aus.

In diesem Zusammenhang stellen die Teilnehmer der Tagung fest, daß bei der Schaffung kernwaffenfreier Zonen die Verpflichtung der Kernwaffenmächte erforderlich ist, den Status solcher Zonen zu achten, dort ihre Kernwaffen nicht zu stationieren und diese unter keinen Umständen gegen die zu diesen Zonen gehörenden Staaten anzuwenden oder mit deren Anwendung zu drohen. Angesichts dessen, daß die Sowjetunion bereits die Bereitschaft erklärt hat, derartige Verpflichtungen zu übernehmen, erwarten die Völker Europas dies auch von den anderen Kernwaffenmächten.

Die nichtkernwaffenbesitzenden Länder, die zu den kernwaffenfreien Zonen gehören, haben das Recht, Garantien ebenfalls dafür zu erhalten, daß gegen sie entsprechend dem Prinzip der Nichtanwendung und Nichtandrohung von Gewalt auch keinerlei andere Waffen eingesetzt werden.

8.

Die Teilnehmer der Tagung sprachen sich entschieden für eine Intensivierung der Tätigkeit aller internationalen Gremien aus, in denen Verhandlungen über die Begrenzung der Rüstungen und die Abrüstung geführt werden oder geführt werden sollen, insbesondere des Genfer Abrüstungsausschusses.

Sie bekundeten das Interesse ihrer Staaten an der Wiederaufnahme aller in letzter Zeit unterbrochenen Verhandlungen und erklärten ihre Bereitschaft, zu deren erfolgreichem Abschluß beizutragen. Das betrifft die Verhandlungen über das vollständige und allgemeine Verbot der Kernwaffenversuche, über das Verbot und die Beseitigung der chemischen Waffen, über die Einschränkung des Verkaufs und der Lieferung konventioneller Waffen, über die Begrenzung und nachfolgende Verringerung der militärischen Aktivitäten im Indischen Ozean sowie eine Reihe anderer Fragen. Erforderlich ist, schnellstens in Verhandlungen über solche Fragen einzutreten wie die Einstellung der Produktion von Kernwaffen und die Beseitigung ihrer Vorräte, das Verbot der Neutronenwaffe und die Nichtstationierung von Kernwaffen auf dem Territorium der Staaten, in denen es gegenwärtig solche nicht gibt.

Die Teilnehmer der Tagung sprechen sich entschieden dafür aus, praktische Vereinbarungen auch hinsichtlich des Verbots der radiologischen Waffen, des Verzichts auf die Schaffung neuer Arten und Systeme von Massenvernichtungswaffen und der Festigung der Sicherheitsgarantien für die nichtkernwaffenbesitzenden Staaten zu

erreichen. Sie bekräftigten die Position ihrer Staaten zugunsten der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen und des Zugangs der Staaten zur friedlichen Nutzung der Kernenergie, wie sie in ihren gemeinsamen Dokumenten dargelegt worden ist.

Sie unterstrichen die Bereitschaft ihrer Länder, über die Reduzierung der Militärbudgets, vor allem der Staaten, die über ein gewaltiges Militärpotential verfügen, entweder auf prozentualer Grundlage oder in absoluten Zahlen übereinzukommen. Ein erster Schritt in dieser Richtung könnte das Einfrieren der Rüstungsausgaben der Staaten sein. Die konkreten Vorschläge der sozialistischen Staaten zu allen Aspekten dieses umfangreichen Problems sind bekannt, und sie werden aufrechterhalten.

Auf der Tagung wurde hervorgehoben, daß die Annahme wirksamer Maßnahmen zur Verhütung der Ausdehnung des Wettrüstens auf den Weltraum an Aktualität gewonnen hat. In diesem Zusammenhang wurde der von der UdSSR auf der 36. Tagung der UN-Vollversammlung unterbreitete Vorschlag, einen internationalen Vertrag über das Verbot der Stationierung von Waffen jeder Art im Weltraum abzuschließen, einmütig unterstützt.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten werden auf internationaler Ebene weiterhin das Verbot der Anwendung der Kernwaffen für alle Zeiten und den Verzicht aller Staaten auf die Gewaltanwendung in den gegenseitigen Beziehungen, die Beseitigung der ausländischen Militärstützpunkte und den Abzug der Truppen vom fremden Territorien anstreben.

9.

Die Teilnehmer der Tagung bekräftigten die Entschlossenheit ihrer Staaten, auch weiterhin zur Vorbereitung der im Jahre 1982 bevorstehenden zweiten Sondertagung der UN-Vollversammlung über Abrüstung beizutragen. Sie brachten zum Ausdruck, daß sie an einer erfolgreichen Durchführung der Tagung sowie daran interessiert sind, daß ihre Arbeit auf die Annahme solcher Beschlüsse orientiert wird, die tatsächlich zu einer Wende in Richtung auf die Einstellung des Wettrüstens und die Abrüstung führen und den Verhandlungen zu diesen Fragen einen neuen Impuls verleihen. In diesem Zusammenhang unterstrichen sie insbesondere die Bedeutung der sorgfältigen Erarbeitung eines umfassenden Abrüstungsprogramms, das auf der Tagung behandelt und angenommen werden soll.

Auf der Tagung wurde betont, daß alle Staaten, unabhängig von ihrer Größe, dem Militärpotential und der geographischen Lage, aufgerufen sind, aktiv zur Lösung der Fragen der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, darunter im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen, beizutragen. Die zweite Sondertagung der UN-Vollversammlung über Abrüstung wird eine gute Möglichkeit auch zur Erreichung dieses Zieles sein. Die Teilnehmer der Tagung sprachen sich dafür aus, daß diese Tagung auch beitragen sollte, die Einberufung der Weltabrüstungskonferenz voranzubringen.

10.

Bei dem Meinungsaustausch über den Verlauf des Madrider Treffens von Vertretern der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa betonten die Minister, daß sein erfolgreicher Abschluß einem weiteren Fortschritt bei der Realisierung der Schlußakte von Helsinki dienen, zur Erhaltung des Entspannungsprozesses beitragen und sich förderlich auf die Gesundung der zwischenstaatlichen Beziehungen auswirken würde. Angesichts der gegenwärtigen internationalen Lage wäre das von besonders großer Bedeutung.

In diesem Zusammenhang erörterten die Teilnehmer der Tagung den tatsächlichen Stand der Dinge auf dem Madrider Treffen, schätzten sowohl die bereits erreichten Ergebnisse, darunter bei der Abstimmung des Abschlußdokuments, als auch die bisher noch nicht abgestimmten Fragen ein. Sie unterstrichen die positive Bedeutung dessen, daß auf dem Treffen den militärischen Aspekten der europäischen Sicherheit, insbesondere der Einberufung einer Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa im Rahmen des gesamteuropäischen Prozesses, große Aufmerksamkeit zuteil wird. Sie stellten eine gewisse Annäherung der Positionen hinsichtlich der Ziele der Konferenz, ihrer etappenweisen Durchführung und der konkreten Aufgaben der ersten Etappe fest, in der Maßnahmen zur Festigung des Vertrauens und der Sicherheit sowie zur Verringerung der Gefahr einer militärischen Konfrontation in Europa erörtert und angenommen werden sollten. Diese Annäherung der Positionen wurde in beträchtlichem Maße dadurch gefördert, daß sich die Sowjetunion bereit erklärte, die Anwendung von vertrauensbildenden Maßnahmen auf den gesamten europäischen Teil der UdSSR bei entsprechender Erweiterung der Zone vertrauensbildender Maßnahmen seitens der westlichen Länder auszudehnen.

Es wurde die Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß es, wenn alle Teilnehmerstaaten des Madrider Treffens den erforderlichen politischen Willen und Realismus aufbringen, gelingen wird, das Einverständnis über die Einberufung der Konferenz zu erreichen. Die auf der Tagung vertretenen Staaten unterstützen den Vorschlag der Volksrepublik Polen, die Konferenz nach Warschau einzuberufen.

11.

Große Bedeutung messen die Teilnehmer der Tagung der Annahme von Maßnahmen zur weiteren Durchsetzung der in der Schlußakte formulierten Prinzipien der zwischenstaatlichen Beziehungen auf dem Madrider Treffen sowie der Notwendigkeit ihrer strikten Einhaltung durch alle Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz in den gegenseitigen Beziehungen sowie in den Beziehungen zu anderen Staaten bei.

Sie verliehen der Überzeugung Ausdruck, daß eine auf dem Madrider Treffen erzielte Vereinbarung über weitere Maßnahmen zur Intensivierung der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, einschließlich der Beseitigung diskriminierender Hindernisse und Beschränkungen, zur erfolgreichen Lösung der

ökonomischen Aufgaben beitragen wird, vor denen jeder der Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz steht.

Auf der Tagung wurde festgestellt, daß auf dem Madrider Treffen die Möglichkeit gegeben ist, über weitere Maßnahmen zur Realisierung der Vereinbarungen von Helsinki auf dem Gebiet der Kultur, des Bildungswesens, der Information und der Kontakte, darunter auch der Jugend, auf der von der Schlußakte festgelegten prinzipiellen Grundlage übereinzukommen.

Die Teilnehmer der Tagung erachten es als wünschenswert, auf dem Madrider Treffen auch bei der Abstimmung von Fragen voranzukommen, die sich auf die Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum beziehen.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten sind der Auffassung, daß die Fortsetzung der gemeinsamen Anstrengungen der Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz entsprechend den Bestimmungen der Schlußakte und im Rahmen des in Helsinki begonnenen Prozesses für ein stetes Vorankommen auf dem Wege der Festigung der Sicherheit und der Entwicklung der Zusammenarbeit auf dem europäischen Kontinent wichtig, und notwendig ist. Sie unterstützen den Vorschlag der Sozialistischen Republik Rumänien, das nächste Treffen der Vertreter der Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz in Bukarest durchzuführen.

Die Minister gelangten einmütig zu der Schlußfolgerung, daß nunmehr von allen Teilnehmern des Madrider Treffens zusätzliche Anstrengungen erforderlich sind, um es erfolgreich abzuschließen.

12.

Es wurde unterstrichen, daß es von prinzipieller Bedeutung ist, im Interesse der Verhinderung einer weiteren Komplizierung der internationalen Lage auf Schritte zur Schaffung neuer und Erweiterung bestehender militärisch-politischer Bündnisse und zur Ausdehnung ihrer Tätigkeit auf andere Regionen zu verzichten. Die Teilnehmer der Tagung bekräftigten auch die von ihren Staaten wiederholt unterbreiteten Vorschläge, gleichzeitig den Warschauer Vertrag und den NATO-Block aufzulösen sowie als ersten Schritt die Militärorganisationen beider Gruppierungen abzuschaffen und mit einer Reduzierung ihrer militärischen Aktivitäten zu beginnen.

13.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten sind der Überzeugung, daß Europa das gemeinsame Haus aller europäischen Völker unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung ist, daß es nie mehr zum Schauplatz militärischer Auseinandersetzungen werden darf und alle seine Völker an den Früchten des Friedens, der Unabhängigkeit, des Fortschritts und des Gedeihens teilhaben sollen.

Bei aller Kompliziertheit der gegenwärtigen internationalen Lage kann man durch einen auf gegenseitiger Achtung und Gleichberechtigung beruhenden Dialog, auf dem Wege sachlicher und konstruktiver Verhandlungen eine Minderung der Spannungen, einen Vertrauenszuwachs in den Beziehungen zwischen den Staaten und eine Entwicklung der gegenseitigen Verständigung und Zusammenarbeit zwischen ihnen erreichen.

Wie kompliziert die internationalen Fragen auch sein mögen, mit denen die heutige Welt konfrontiert ist, gibt es keine unter ihnen, die nicht auf friedlichem Wege unter Berücksichtigung der Interessen aller Staaten geregelt werden könnten.

Das wird durch die gesamten positiven Erfahrungen des politischen Dialogs zwischen den Staaten, besonders auf höchster Ebene, darunter in allerjüngster Zeit, bekräftigt und zeugt von der Notwendigkeit, ihn weiter zu entwickeln.

14.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten sind der Ansicht, daß in der gegenwärtigen internationalen Situation die Bedeutung ihrer Zusammenarbeit und ihres Zusammenwirkens untereinander sowie mit anderen Staaten im Kampf um Frieden und Sicherheit noch weiter wächst. Die Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten verlief in diesem Geiste.

[Source: Official publication of the German Democratic Republic]